

Antrag

der Abgeordneten Monika Griefahn, Eckhardt Barthel (Berlin), Hans-Werner Bertl, Klaus Hagemann, Reinhold Hemker, Monika Heubaum, Angelika Krüger-Leißner, Horst Kubatschka, Lothar Mark, Michael Roth (Heringen), Dr. Hansjörg Schäfer, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Gisela Schröter, Ludwig Stiegler, Jörg Tauss, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Hanna Wolf (München), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Rita Griebhaber, Dr. Antje Vollmer, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Auswärtige Kulturpolitik für das 21. Jahrhundert

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Auswärtige Kulturpolitik als integraler Bestandteil der Außenpolitik steht vor neuen Herausforderungen. Seit den sechziger Jahren ist die Auswärtige Kulturpolitik die „Dritte Säule“ der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Neben der klassischen Diplomatie und der Außenwirtschaftspolitik wurde sie zu einem eigenständigen Standbein deutscher Außenpolitik. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges vermittelt sie deutsche Sprache und Kultur nach außen und trägt so dazu bei, dass die Welt nach der Katastrophe der nationalsozialistischen Diktatur und des Weltkrieges ein anderes und neues Bild von einem demokratischen Deutschland – in Abgrenzung zur DDR – bekam. Im Übrigen stellt sie die Vielfalt von historischer und zeitgenössischer Kultur neben infrastrukturellen und Umweltaspekten als wichtigen Faktor für die Attraktivität des Standortes Deutschland dar.

Seit dem Fall der Mauer muss Auswärtige Kulturpolitik unter veränderten Rahmenbedingungen gestaltet werden. Deutschland und seine Rolle in der Welt haben sich seit der Wiedervereinigung verändert. Den Ost-West-Konflikt gibt es nicht mehr. Die europäische Integration wird weiter voran getrieben. Die EU-Erweiterung für mittel- und osteuropäische Länder steht an.

Die Konfliktlage in der Welt hat sich im letzten Jahrzehnt entscheidend gewandelt. Wir haben es überwiegend mit innerstaatlichen Konflikten zu tun. Diese sind oft ethnisch oder religiös begründet, d. h. ihnen liegen auch kulturelle Konfliktursachen zugrunde. Deshalb müssen neue Wege in den internationalen Beziehungen beschritten werden. Wenn kulturelle Faktoren eine entscheidende Rolle in Konflikten spielen, dann müssen auch neue Strategien, die sich auf diese kulturellen Faktoren beziehen, zur Konfliktvermeidung und Konfliktbehebung entwickelt werden. Die von der Bundesregierung vorgelegte „Konzeption 2000“ zur Auswärtige Kulturpolitik nimmt diese Überlegung auf und stellt fest, dass die Auswärtige Kulturpolitik auch an den Zielen deutscher Außenpolitik wie Konfliktverhütung und Friedenssicherung ausgerichtet ist. Dem-

nach kann die Auswärtige Kulturpolitik heute auch im Sinne eines erweiterten Sicherheitsbegriffs einen Beitrag leisten zu einer „Kultur der Prävention“, die der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, einforderte.

Auch die Globalisierung und die Entwicklungen der Medien- und Informationstechnologien bringen immer mehr Menschen aus unterschiedlichen Kulturen miteinander in Kontakt und stellen die Auswärtige Kulturpolitik vor neue Herausforderungen. Ging es früher mehr um die Vermittlung deutschen Kulturlebens, auch im Wettbewerb mit der DDR, so sind am Beginn des 21. Jahrhunderts neue Aufgaben zu bewältigen und neue Schwerpunkte zu setzen. In Fortführung der schon für die KSZE entwickelten Gedanken geht es darum, Demokratie und die Entstehung und Stärkung von Zivilgesellschaft zu fördern und zur kritischen Reflexion der eigenen Geschichte beizutragen. Die Auswärtige Kulturpolitik ist heute mehr als eine Informationsquelle über unsere Kultur und unser Land. Sie beruht auf Dialog, dem Austausch zwischen verschiedenen Kulturen, der Zusammenarbeit von Menschen und der Entwicklung von Menschenrechten und Demokratie. In diesem Kontext spielt auch die Entwicklungspolitik eine wichtige Rolle.

1. Dialog als Konfliktvermeidungsstrategie

Die Begegnung der Kulturen ist die Chance des 21. Jahrhunderts. Im Zeitalter der Globalisierung bietet die Kommunikation zwischen den Kulturen die Chance für friedliche Kooperation, für Konfliktvermeidung und verständnisorientierten Dialog. Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2001 als das „Internationale Jahr des Dialogs zwischen den Kulturen“ bezeichnet. Dies ist dem Deutschen Bundestag eine besondere Verpflichtung. Der gegenseitige Austausch, das Verstehen des Anderen, der Respekt vor anderen Kulturen, Gebräuchen und Sitten, das gegenseitige Geben und Nehmen, also die vom Auswärtigen Amt so genannte „Zweibahnstrasse“, ist der Weg, der in Zukunft verstärkt in der internationalen Zusammenarbeit gegangen werden muss. Auswärtige Kulturpolitik sollte in Zukunft noch mehr am dialogischen Prinzip ausgerichtet sein.

Es muss in der Auswärtige Kulturpolitik verstärkt darum gehen, die Zivilgesellschaft, ihre Institutionen und vielfältigen Verbindungen und Netzwerke als Basis der internationalen Kulturbeziehungen zu fördern. Beziehungen zwischen verschiedenen Ebenen der Zivilgesellschaft können unterhalb der politischen und diplomatischen Ebene Türen zum gegenseitigen Verständnis und verbesserter Kommunikation öffnen und bereits dort konfliktverhindernd wirken.

Um Auswärtige Kulturpolitik im Dialog zu gestalten, müssen gemeinsame Arbeitsprozesse auf allen Ebenen – kommunal, föderal, in den Verbänden – organisiert werden, um einen echten Austausch zu fördern. Unterschiedliche kulturelle Ansätze und die Diversität der Kulturen erfordern neue Möglichkeiten der Begegnung, wobei kulturelle Orientierungen als Regulativ für einen neuen globalen Gesellschaftsvertrag dienen können. Die Vielfalt der Kulturen muss als Ressource der Auswärtige Kulturpolitik betrachtet werden. In diesem Zusammenhang müssen wir die Besteuerung ausländischer Künstler reformieren, die inzwischen zu einem Hindernis für kulturelle Austauschaktivitäten von kleineren und mittleren Veranstaltern geworden ist.

2. Innenpolitische Dimension der Auswärtigen Kulturpolitik

Die gesellschaftliche und kulturelle Realität Deutschlands ist die Basis der Auswärtige Kulturpolitik. Mithilfe der Auswärtige Kulturpolitik können wir im Ausland nur die in Deutschland tatsächlich lebendige Kultur vermitteln. Deshalb muss Auswärtige Kulturpolitik in Deutschland beginnen. Sie darf nicht nur nach außen gerichtet sein, sondern muss auch Dialog und Verständnis für andere Kulturen in der inländischen Bevölkerung ermöglichen,

damit Vorurteile gegenüber dem Fremden abgebaut werden. In einer Zeit schnell arbeitender Medien und moderner Kommunikation werden auf kürzesten Wegen Deutschlandbilder nach außen transportiert. Die Wirkung dieser Außendarstellung ist nicht zu unterschätzen. Es muss uns gelingen, das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft im eigenen Land friedlich zu gestalten. Nur so können wir glaubwürdig am internationalen Dialog der Kulturen teilnehmen. Und nur dann hat unser Ziel, attraktiv für kreativ tätige Menschen, Multiplikatoren, künftige Entscheidungsträger und Eliten des Auslands zu sein, sie dazu zu bewegen ihr Know-how in den Dialog einzubringen oder die deutsche Sprache zu lernen, die Chance realisiert zu werden.

Die auswärtige Kulturarbeit der kommunalen Gebietskörperschaften und der Länder wurde in der Vergangenheit nicht überall wahrgenommen. Sie gewinnt aber zunehmend an Bedeutung. Botschaften und Konsulate vertreten Staat und Gesellschaft in der Regel als ein sublimiertes Ganzes; die Vielfalt der Städte, Gemeinden und Regionen kommt dabei nicht immer zum Tragen. Die Kommunen tragen heute ca. 65 % der rund 15 Mrd. DM, die für Kultur insgesamt ausgegeben werden. Viele kommunale Gebietskörperschaften sind dabei, kulturelle Beziehungen zum Ausland zu organisieren und richten ihre kulturpolitischen Konzepte entsprechend aus. Vielfältige Kontakte sind bereits geschaffen worden. So gibt es konkret Sport- und Kulturaustausch zwischen verschiedenen Regionen Europas. Ein anderes wichtiges Beispiel für Kooperationen mit dem Ausland sind die Städtepartnerschaften. Auf dieser Basis findet Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern, zwischen den Zivilgesellschaften, aber auch zwischen Organisationen und Verwaltungen statt, ein kultureller Austausch, der eigenverantwortlich und autonom entwickelt wird. Diese Strukturen sind für einen fruchtbaren kulturellen Dialog unverzichtbar. Daneben bereiten sie den Boden für wirtschaftliche Kontakte.

Für einen solchen Austausch und Dialog ist es auch erforderlich, die Strukturen der betroffenen Einrichtungen einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Der Austausch von Kulturmanagern und Mitarbeitern zwischen den Institutionen und Verwaltungen, dem Goethe-Institut Inter Nationes und den Botschaften ist eine naheliegende konkrete Maßnahme. Eine andere Möglichkeit der Förderung des Dialogs ist die vermehrte Berufung von Künstlerinnen und Künstlern in Regierungs- und Parlamentsdelegationen. Die Förderung von Dialogstrukturen auf dieser Ebene der Politik ist wünschenswert.

3. Mittlerorganisationen

Anders als in England oder Frankreich, wo Auswärtige Kulturpolitik staatsnah organisiert ist, haben wir in Deutschland als Konsequenz aus dem Missbrauch der Auswärtige Kulturpolitik unter der nationalsozialistischen Herrschaft die Auswärtige Kulturpolitik staatsfern über Mittlerorganisationen organisiert. Diese Mittlerorganisationen haben in den letzten Jahrzehnten eine unschätzbare Arbeit bei der Vermittlung von Kultur geleistet. Auf diesen Erfahrungen wird auch in Zukunft aufgebaut werden. Dennoch sind zum einen angesichts der Umwälzungen im internationalen Staatensystem Reformen nötig. Andererseits müssen die Kulturverwaltungen vor dem Hintergrund knapper Haushalte künftig noch effizienter arbeiten. In den Verwaltungen wird oftmals nicht Kultur vermittelt, sondern es werden Kulturvermittler verwaltet. In diesen notwendigen Reformen liegen Chancen, z. B. dann, wenn Strukturen gestrafft und dadurch Mittel für die Programmarbeit freigesetzt werden können.

Goethe-Institut Inter Nationes (GIIN)

Die Leistung der Bundesregierung, die längst überfällige Fusion zwischen dem Goethe-Institut und Inter Nationes zu realisieren, ist zu würdigen. Das

GIIN ist die Mittlerorganisation mit der größten Breitenwirkung. Es ermöglicht vielen Menschen im Ausland die Möglichkeit, einen Zugang zur deutschen Kultur und Sprache zu bekommen. Das GIIN gehört im In- und Ausland zu den angesehensten Kulturinstitutionen. Seine Arbeit ist und bleibt unverzichtbar in der internationalen kulturellen Zusammenarbeit und bei der Vermittlung eines kritisch-konstruktiven Bildes Deutschlands im Ausland. Dazu gehört auch die Vermittlung und Einladung von ausländischen Künstlerinnen und Künstlern bzw. Kulturvertretern an inländische Kulturinstitutionen und Veranstalter.

Die Arbeit der Goethe-Institute im Ausland wird dort, wo es möglich ist, in Zukunft effizienter gestaltet werden müssen. Möglich sind z. B. Kooperationen mit Schulen vor Ort oder das verstärkte Zurückgreifen auf Ortskräfte. Außerdem soll die deutsche Wirtschaft dazu gewonnen werden, sich für „ihr“ Institut vor Ort zu engagieren und beispielsweise die Finanzierung einer Bibliothek oder von Sprachkursen übernehmen. Dies liegt auch im Eigeninteresse der Unternehmen. Insgesamt sollte der Ressourceneinsatz von Mitteln der Auswärtige Kulturpolitik in den Gastländern besser koordiniert werden. Dabei ist zu prüfen, welche Schritte zu einer besseren Koordination zwischen Auslandsvertretungen und den Auslandsinstituten von GIIN noch zusätzlich geleistet werden können. Insbesondere die Übertragung von Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit – auch von den Informationszentren der Botschaften – auf GIIN sollte im Zuge des neuen Rahmenvertrages geprüft werden.

Das Netz der Institute muss weiter an die realen Gegebenheiten des Kulturaustausches unter den Bedingungen moderner Kommunikationsstrukturen [in einer globalisierten Welt] angepasst werden. Da eine flächendeckende Beschickung mit Goethe-Instituten klassischen Typs nicht mehr zu leisten ist, müssen politisch und strategische motivierte Prioritäten gesetzt werden.

Institut für Auslandsbeziehungen

Das Institut für Auslandsbeziehungen ist zuständig für Künftleraaustausch und Ausstellungen. Es unterhält eine große Bibliothek zur Auswärtigen Kulturpolitik. Das Institut bedient mit seiner Ausstellungsarbeit das nach wie vor große Interesse an zeitgenössischer Kunst aus Deutschland. Bildende Kunst aus Deutschland ist international gefragt: unter den zehn weltweit erfolgreichsten Künstlern sind 4 Deutsche, von den hundert international erfolgreichsten Künstlern sind 25 Deutsche. Um diese Arbeit erfolgreich weiterzuführen, sollten in Zukunft in den Auswahljurs des Instituts mehr Künstler vertreten sein, damit diese Gesellschaftsgruppe ihr Interesse an Kulturaustausch besser vertreten kann.

Deutscher Akademischer Austauschdienst und Alexander von Humboldt-Stiftung

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) und die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) sind für den Studenten- und Wissenschaftleraaustausch etablierte und gut funktionierende Einrichtungen. Wir begrüßen daher die Aufstockung der Mittel um 21 Mio. DM. Wir müssen Barrieren verringern, damit ausländische Studierende und Wissenschaftler nach dem Studium hier arbeiten können. Es ist sicherzustellen, dass auch die auf der Grundlage dieser Mittel entworfenen Programme in den nächsten Jahren fortgeführt werden. Es ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Aufgrund der immer schneller verlaufenden Entwicklungen im Wissenschaftssektor ist Deutschland auch in Zukunft darauf angewiesen, den Austausch junger Universitätsangehöriger stetig zu fördern. Die hauptsächlichen Aufgabenschwerpunkte müssen aber die Universitäten selber leisten, indem sie Werbekampagnen durchführen und englischsprachige Studiengänge anbieten.

Deutscher Musikrat

Der Deutsche Musikrat ist über seine Verbindungsstelle für Internationale Beziehungen (VIB) im Auftrag des Auswärtigen Amts (AA) und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit Aufgaben der musikalischen Auslandsarbeit und des internationalen Jugendaustausches befasst. Im Rahmen der Auswärtigen Kulturpolitik fördert die VIB vor allem Gastspiele deutscher Amateur- und Spitzennachwuchsensembles im Ausland und Musikprojekte im Rahmen des Jugendaustausches in beide Richtungen. Dies ermöglicht vor allem jungen, kreativ tätigen Menschen, sich auszutauschen und gegenseitig zu bereichern.

Auslandsschulwesen und pädagogischer Austauschdienst

Die Auslandsschulen spielen bei der Vermittlung der deutschen Sprache und Kultur eine entscheidende Rolle. Diese Rolle gilt es zu stärken durch mehr Begegnungsschulen. Eine stärkere Kooperation der europäischen Länder und den Trägern von Auslandsschulen wird gefordert, um mehr Eurocampus-Schulen zu entwickeln. Insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländern können durch eine intensivere Zusammenarbeit mit Vertretern der deutschen Wirtschaft die berufsbildenden Zweige ausgebaut und damit eine erhöhte lokale Nachfrage nach Absolventen des dualen Systems anzuregen.

Für die Förderung internationaler Kontakte und Austauschaktivitäten im Schulbereich erhält der Pädagogische Austauschdienst der Kultusministerkonferenz Auswärtige Kulturpolitik-Fördermittel. Seine Schwerpunkte sind die Pflege von Schulpartnerschaften, die Weiterbildung von Ortskräften sowie Besuchsprogramme für ausländische und deutsche Schüler. Der Pädagogische Austauschdienst fördert Toleranz und gegenseitiges Verständnis. Er ist für die Grundlagen internationaler Dialogbereitschaft entscheidend, weil er jungen Menschen ermöglicht, sich mit anderen Vorstellungen und Werten auseinanderzusetzen.

Deutsche UNESCO-Kommission

Die Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) in Bonn ist die deutsche Verbindungsstelle für UNESCO-Aktivitäten und ist in allen UNESCO-Programmbereichen tätig. Für die internationalen Konventionen des Schutzes von Kulturgütern und des Naturerbes der Menschheit und deren Durchführung agiert die DUK aktiv in Deutschland und arbeitet mit allen anderen UNESCO-Nationalkommissionen zusammen. Die DUK ist beauftragt, das „Internationale Jahr des Dialogs zwischen den Kulturen“ 2001 der Vereinten Nationen in Deutschland mit verschiedenen Projekten der interkulturellen Zusammenarbeit zu gestalten und bekannt zu machen. Wir hoffen, dass die vielen internationalen Projekte den Dialog und die Verständigung stärken.

Nationales Olympisches Komitee und Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit

Das AA fördert die Sportbeziehungen mit Ländern der Dritten Welt, mit MOE/GUS-Staaten, der VR China und der Mongolei durch Fußball- und Leichtathletik-Langzeitprojekte, die eine hohe Öffentlichkeits- und Breitenwirkung haben. Sowohl das Nationale Olympische Komitee als auch die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit führen diese Projekte durch, die dazu beitragen, Deutschland als sympathisches und weltoffenes Land darzustellen. Darüber hinaus werden Lehrgangsmaßnahmen gefördert, bei denen Trainerinnen und Trainer aus Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas die Möglichkeit haben, ihre Kenntnisse zu vertiefen und Deutschland als gastfreundliches Land kennenzulernen. Nach Jahren der Haushaltskürzungen begrüßen wir die Aufstockung der Mittel auf 5,69 Mio. DM. Sie werden sowohl den Langzeitprojekten als auch den Lehrgangsmaßnahmen zu Gute kommen.

Deutsche Welle

Die Deutsche Welle (DW) ist der deutsche Auslandsrundfunk. Er unterhält ein Radioprogramm mit 30 Sprachen und ein Fernsehprogramm in drei Sprachen, in denen täglich gesendet wird. Dazu kommt eine Internetpräsenz mit ebenfalls 30 Sprachen. Als Medium zur Darstellung der deutschen Politik, Wirtschaft und Kultur kommt der DW entscheidende Bedeutung zu. Daneben spielt sie eine zunehmend größere Rolle in Krisengebieten. Auch in Zusammenarbeit mit anderen Auslandssendern produziert die DW Krisenpräventionsradio; momentan erfolgreich im ehemaligen Jugoslawien. Diese Rolle wird in der internationalen Kulturzusammenarbeit wichtiger werden, deshalb wird der Ausbau geplant.

Die DW steht vor Umstrukturierungen größeren Ausmaßes. Neben der Novellierung des gesetzlichen Auftrages zur Regelung der Online-Präsenz, der Einführung eines Finanzierungsmechanismus und der Funktion als Krisenradio geht es um eine Regionalisierung des Sendebetriebs, die Definition der Zielgruppen und die Einführung eines „best of-Programmes“ für das Fernsehen. Die Online-Präsenz soll als drittes Standbein der DW ausgebaut werden.

Der Programmauftrag (weltweite Vermittlung eines Deutschlandbildes) ist als ausschließliche Hauptaufgabe nicht mehr zeitgemäß. Der DW fehlt die Orientierung an gegenseitigem Kulturaustausch. Die Novellierung des Programmauftrages (§ 4 DW Gesetz) ist daher vordringlich. Die reine Informationsvermittlung über Deutschland reicht nicht mehr aus, da diese Art von Informationsvermittlung jederzeit und für jeden abrufbar aus anderen Quellen möglich ist. Demokratieentwicklung und Spracherwerb sind wesentliche zusätzliche Elemente.

4. Förderung der deutschen Sprache im Ausland

Die Förderung der deutschen Sprache im Ausland bleibt ein zentrales Anliegen der Auswärtigen Kulturpolitik. Auch wenn die Nachfrage nach Deutschunterricht weltweit stark bleibt, so wird Deutsch immer mehr vom Englischen verdrängt. In der Computersprache und im Internet hat sich Englisch als Mittel der Verständigung etabliert. Auch in den Naturwissenschaften hat Deutsch längst seinen Stellenwert als internationale Wissenschaftssprache verloren.

Vor diesem Hintergrund müssen wir versuchen, Deutsch international als eine zweite Fremdsprache zu etablieren. Die Konzentration der zur Verfügung stehenden Ressourcen auf Schwerpunktregionen wie z. B. die mittel- und osteuropäischen Staaten und der GUS einerseits und Multiplikatoren andererseits – ohne die notwendige Unterstützung des Deutschunterrichts außerhalb von Schwerpunktregionen zu vernachlässigen – hat nach wie vor Priorität. Auch die Sprachverwendung in Deutschland ist eine wichtige Frage der kulturellen Identität.

5. Regionalisierung und Globalisierung der internationalen Kulturbeziehungen

Auch in den internationalen Kulturbeziehungen findet Globalisierung statt. Vor diesem Hintergrund hat die Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland die Aufgabe, innerhalb der Globalisierung die kulturelle Vielfalt als Teil der europäischen Identität zu repräsentieren sowie kulturelle Entwicklungen auf dem festen Fundament der Menschenrechte im Sinne einer „Kultur der Freiheit“ zu begleiten. In Europa muss es dabei um ein zivilisatorisches Integrationsprojekt gehen, dass weit über die sicherheits- und wirtschaftspolitische Integration hinaus geht. Ziel ist die lebendige europäische Bürgergesellschaft. Dazu gehört die konkrete Ausgestaltung und

Stärkung der Kulturkomponente in der EU-Politik insgesamt als eigenes Steuerungselement. Die Ausgestaltung der europäischen Kulturbeziehungen als aktive Konfliktprävention auf der Grundlage demokratischer Werte und Interessen und die Vermittlung dieses Wertefundaments ist im globalen Wettbewerb der Gesellschaftsentwürfe ein dringend notwendiger Schritt, vor allem auch in Hinblick auf die Osterweiterung der Europäischen Union. Eine wichtige Maßnahme dafür ist die Einrichtung gemeinsamer europäischer Kulturhäuser in Ländern, die nicht oder noch nicht der EU angehören. Im Zuge der Umstrukturierung der Goethe-Institute Inter Nationes ergeben sich hier vielfältige Möglichkeiten neuer Formen der Kooperation, wie sie z. B. in Genua oder Palermo praktiziert werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich auf allen Ebenen für die Auswärtige Kulturpolitik einzusetzen, damit sie weiter ihre zentrale Rolle als glaubwürdige Moderatorin in der Außenpolitik spielen kann.
2. die finanziellen Mittel für die Mittlerorganisationen zu konzentrieren und zu budgetieren und eine flexible Haushaltsführung möglich zu machen.
3. die zunehmende Kommunalisierung der Auswärtige Kulturpolitik unterstützend zu begleiten und in diesem Zusammenhang die Kräfte der Zivilgesellschaft mehr als bisher in die Strukturen der Auswärtige Kulturpolitik einzubinden.
4. zu Inhalten, Perspektiven und Schwerpunkten der Auswärtige Kulturpolitik eine Evaluierung – auch unter Einbeziehung des Parlaments und externen Sachverständes – vorzunehmen.
5. sich für die Etablierung von internationalen kulturpolitischen Dialogstrukturen zu engagieren, die langfristig eine stärkere Präsenz zivilgesellschaftlicher Akteure in den internationalen Kulturbeziehungen möglich macht.
6. der Auswärtigen Kulturpolitik insgesamt ein klares Profil und einen höheren Stellenwert zu verschaffen und sie als außenpolitisches Konfliktvermeidungssystem stärker als bisher in die allgemeine Außenpolitik zu integrieren.
7. eine stärkere und größere Beteiligung von Künstlerinnen und Künstlern bei offiziellen Regierungsdelegationen zu ermöglichen, um damit auch den Kulturtransfer von und nach Deutschland zu verbessern.
8. deutsche Künstlerinnen und Künstler mit internationalem Renommee und herausragende Ereignisse deutscher Kultur (z. B. Ausstellungen, Theateraufführungen, Konzertreisen) im Ausland noch stärker zu fördern.
9. die Förderung von Sportbeziehungen sowohl im Rahmen der Auswärtigen Kulturpolitik als auch durch mehr Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu verstärken.
10. den Austausch von Mitarbeitern zwischen Kulturinstitutionen, Botschaften sowie Goethe-Institut Inter Nationes zu fördern.
11. die Bedingungen für Studierende aus dem Ausland in Deutschland stetig weiter zu verbessern und ihnen auch außerhalb der green card-Regelung Arbeitsmöglichkeiten nach dem Studium zu ermöglichen.
12. die Möglichkeiten für gegenseitigen Kulturaustausch kleiner und mittlerer Kulturveranstalter im Hinblick auf die Besteuerung ausländischer Künstler zu verbessern.
13. im Ausland verstärkt als Promotor für Künstlerinnen und Künstler aus Deutschland als auch für Kulturprodukte wie Film und Bücher aufzutreten.

14. das Potenzial derjenigen Ausländer, die in Deutschland studiert haben für den Dialog zwischen ihren Heimatländern und Deutschland besser zu nutzen und zu fördern.

Berlin, den 4. April 2001

Dr. Peter Struck und Fraktion

Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion